

Stadtfraktion LINKSREBELL / Allianz freier Wähler
Dr. Günther Spangenberg
Fraktionsvorsitzender

Stadtverwaltung Eberswalde
Sitzungsdienst
Breite Straße 41 - 44
16225 Eberswalde

Stellungnahme und Änderungsantrag zur Stvv am 22.11.2012
TOP 15.4

Änderungsantrag zur Beschlussvorlage BV / 868 / 2012
“ 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die
Reinigung von öffentlichen Straßen
(Straßenreinigungsgebührensatzung)”

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst werden wie folgt pro Veranlagungsmeter
erhöht:

Reinigungszone I Winterdienst	von bisher 0,53 Euro auf 0,61 Euro (um 15%)
Reinigungszone II Straßenreinigung	von bisher 1,59 Euro auf 1,83 Euro (um 15 %)
Reinigungszone III Straßenreinigung und Winterdienst	von bisher 2,12 Euro auf 2,44 Euro (um 15 %)

Sachverhalt / Begründung

Für die Bevölkerung von Eberswalde kündigen sich für 2013 zahlreiche Gebührenerhöhungen in beträchtlichen Größenordnungen an, z. B. für Müll, Strom, Gas und Versicherungen, wogegen ihre Einkünfte in diesem Umfang nicht steigen.

Das bedeutet eine empfindliche Kostensteigerung für die Bürger. An dieser Kostenbelastung will sich nun die Stadt Eberswalde mit den neuen Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst beteiligen.

Die vorgesehenen Erhöhungen für Straßenreinigung und Winterdienst sind überzogen. Sie betragen je nach Reinigungszone Steigerungen auf 130, 166 und 274 Prozent.

Das ist unseren Bürgern nicht zuzumuten.

Das Kommunalabgabengesetz gibt uns hierbei durchaus einen Spielraum. Laut § 6 (3), Satz 2 müssen Kostenunterdeckungen nicht sofort ausgeglichen werden. Das kann also schrittweise und somit moderat erfolgen.

Auch zeigt der Haushalt 2013 / 2014 ,gemessen an den vermerkten Zuwendungen S.I-39 gar nicht so bedrohlich aus. Diese Zuwendungen liegen mit rd. 27,7 Mill. Für 2012 über denen von 2011.

Und auch für 2013 und 2014 und darüber hinaus liegen sie immer noch über denen von 2011.

Ferner konnte man gerade der Presse entnehmen, dass weitere Schlüsselzuweisungen vom Land an die Kommunen fließen. Es geht immerhin um eine jährliche Erhöhung

auf 1,04 Milliarden Euro.

Wir können uns also in der Frage der Gebührengestaltung für Straßenreinigung und Winterdienst bürgerfreundlich verhalten.

Ich bitte die Stadtverordneten, diesem Änderungsantrag (der 2.Änderungssatzung) zuzustimmen.



Dr. G. Spangenberg
Fraktionsvorsitzender